Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 235. Montag, 8. Oktober 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 49 Millionen Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamezeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 5E.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schlüsselzahl: 100000.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Die neue Reichsregierung.

Fast unveränderte Zusammensetzung.

)(**Berlin. Das neue Reichskabinett setzt sich wie folgt zusammen:**

Reichskanzler: Dr. Stresemann, zugleich mit der Führung der Geschäfte des Auswärtigen beauftragt.
Reichsminister für Wiederaufbau: Schmidt (Ztr.).
Reichsminister des Innern: Sollmann (Soz.).
Finanzminister: Dr. Luther (D. Vp.).
Wirtschaftsminister: Dr. h. c. Koeth.
Reichs-Arbeitsminister: Dr. Brauns (Ztr.).
Reichs-Justizminister: Dr. Radbruch (Soz.).
Reichs-Wehrminister: Dr. Geßler (Dem.).
Reichs-Postminister: Hoefle (Ztr.).
Reichs-Verkehrsminister: Oeser (Dem.).
Reichs-Ernährungsminister: noch unbesetzt.
Minister für die besetzten Gebiete: Fuchs (Ztr.).

(Die Meldung, die uns am Sonnabend nachmittag leider erst nach Druckbeginn der Zeitung zuging, haben wir bereits durch Aushang bekannt gegeben.)

Deutscher Reichstag.

vbz. Berlin, 6. Oktober. Am Regierungstische Reichskanzler Dr. Stresemann, Arbeitsminister Dr. Brauns, Innenminister Sollmann, Justizminister Dr. Radbruch, Wehrminister Dr. Geßler, Verkehrsminister Oeser, Postminister Höfle, Finanzminister Dr. Luther, Wirtschaftsminister Dr. Koeth.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min.

Kommunistische Anträge, die die **Aufhebung der bayerischen Streikverordnung und der Vorzensur des Wehrministeriums für Nachrichten über Unruhen** fordern, werden nach kurzer Begründung durch die Abgg. Koenen (Komm.) und Höllein (Komm.) mit zur Beratung gestellt. Das **Ermächtigungsgesetz** und das **Währungsgesetz** werden vorläufig noch von der Tagesordnung **abgesetzt**.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die **Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.**

Reichskanzler Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort. Er wird von den Kommunisten mit lärmenden Zurufen empfangen. Sie rufen „Der Vertreter von Stinnes! Die Kulisse für Stinnes!" Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt: Ich will hier über die Neubildung der Reichsregierung sprechen. Ich kann den Herren Zwischenrufern versichern, daß Herr Stinnes mit dieser Neubildung nichts zu tun hat. Der Vergleich mit der Kulisse ist daher sehr wenig angebracht. (Heitere Zustimmung.)

Der Reichskanzler weist dann darauf hin, daß die **Regierungsneubildung sich auf parteipolitischer Grundlage vollzogen** hat. Neu ist als Wirtschaftsminister eingetreten **Dr. Koeth**, Finanzminister wurde **Dr. Luther. Das Ernährungsministerium** soll noch mit einem Vertrauensmann der Landwirtschaft besetzt werden. Der Reichskanzler hebt dann hervor, daß die **Vorgänge der letzten Tage** sehr scharfe Kritik erfahren haben, daß man gesagt habe, der **Parlamentarismus habe versagt.** Demgegenüber müsse gefragt werden, ob denn nicht auch die Wirtschaft versagt habe, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Kanzler verweist auf die dauernden Bemühungen, zu den Ministerien der Wirtschaft, der Finanzen, des Verkehrs und der Post, Männer des praktischen Lebens heranzuziehen, die in dem Fehlen solcher Persönlichkeiten einen wesentlichen Grund zum Versagen der Staatsverwaltung sähen. Die sich zur Verfügung stellten, waren fast immer aus dem Beamtentum zur Wirtschaft gekommen.

Den Parlamentarismus führt man nicht ad absurdum durch Resolutionen, sondern durch praktische Mitarbeit, indem man zeigt, daß man die Dinge besser zu meistern vermag. Die Vorgänge der letzten Tage gaben gewiß zu beträchtlicher Kritik Anlaß. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß es sich um einen Kampf, um eine andere politische Einstellung handelte. Wir traten an den Reichstag heran, um ein **Ermächtigungsgesetz zu erhalten.** Das Kabinett wollte Vollmachten, die weit hinausgehen über das, was jemals ein Kabinett an Vollmachten besaß. Es war ganz klar, daß bei der Bedeutung der Sachlage dem Kabinett nicht eine Blankovollmacht gegeben werden konnte, sondern daß man sich klar werden mußte, wenigstens über die Grundlinien der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Bei der Bedeutung dieser Frage entstanden die Differenzen, die sich bei der Neubildung des Kabinetts gezeigt haben.

Der Kanzler geht dann auf die

außenpolitischen Verhältnisse

über und bedauert die deutschnationale Kritik an der **Einstellung des passiven Widerstandes.** Der **Ruhrkampf**, der seit Januar unter Bedrückungen und Gewalttätigkeiten geführt wurde, habe eine seelische Depression ausgelöst. Die Idee des Widerstandes konnte nur sein, durch den Schaden, den er den Einbruchsmächten zufügte, diese zu zwingen, mit uns den Weg der Verhandlungen zu gehen. Man kann wohl die Frage aufwerfen, ob wir den passiven Widerstand bedingungslos aufgeben durften. Naturgemäß mußte sich aber ergeben, daß die Wirkung des passiven Widerstandes sich abschwächte.

Niemand hätte im Januar geglaubt, daß das deutsche Volk neun Monate lang derartige Bedrückungen ertragen würde. Die Bevölkerung hat etwas ertragen, das über das Maß und die Grenze dessen geht, was Menschen irgendwie ertragen können. (Lebhafter Beifall.) Die Situation, die wir vorfanden, war die eines nicht mehr auf der Höhe stehenden Widerstandes. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer wurde es, ihn irgendwie diplomatisch für Deutschland auszunützen. Das Versagen auf finanziellem und materiellem Gebiet zeigte den Einbruchsmächten wie ein Barometer, wie es mit uns stand. Den

Verfall der Währung

konnte keine technische Maßnahme aufhalten. Man sah daraus, daß Deutschland finanziell **am Erliegen** war. Es schwand damit die Möglichkeit, mit dem passiven Widerstand etwas zu erreichen. Dazu kamen die Wünsche aus dem besetzten Gebiet auf Abbruch des Widerstandes. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß ihm der Oberbürgermeister Jarres auf seine Frage erklärt habe, daß der Widerstand nur eine kurze Periode noch geführt werden könne und sich dann selbst auflösen werde. Der Kanzler gibt dann Auskunft über die Verhandlungen, die mit der Aufgabe des passiven Widerstandes im Zusammenhang standen. Man war bemüht, die Freiheit der Gefangenen und die Rückkehr der Vertriebenen zu erreichen. Es wurde aber bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes gefordert. Der Kanzler bespricht dann die Kritiker der Regierung und den Vorwurf, die Reichsregierung hätte einseitig einen Kurswechsel vorgenommen. Er erklärt, der Versuch, einen Alliierten gegen den anderen auszuspielen — man hatte dabei besonders an England gedacht — wäre eine politische Dummheit gewesen. (Wiederholte Zwischenrufe des deutschvölkischen Abg. von Graefe.) Die einzige Möglichkeit der

Lösung des Reparationsproblems

könne nur bestehen in einer Vereinbarung zwischen den Alliierten einerseits und Deutschland andererseits. (Zuruf des Abg. Graf Westarp (Dn.): Da können Sie lange warten.) Es müsse zugestanden werden, daß **kein außenpolitischer Erfolg erreicht** worden ist. Der Reichskanzler führt weiter aus, daß er die Vertreter der besetzten Gebiete vor der Illusion gewarnt habe, als ob die Aufgabe des Widerstandes eine Erleichterung der Verständigung bringen würde. Er habe darauf hingewiesen, daß wir neuen sehr schweren Bedrückungen entgegengehen.

Dr Stresemann **verwahrt sich dann gegen den Vorwurf, daß die Regierung mit ihrem Vorgehen den Feinden genützt hätte.** Der passive Widerstand mußte aufgegeben werden, weil wir hinsichtlich der deutschen Verhältnisse nicht sehenden Auges in den Abgrund stürzen wollten. Der passive Widerstand wurde aufgegeben dem deutschen Volke zu liebe, aber nicht dem französischen Volke zuliebe. Hätte denn seine Fortführung zur deutschen Freiheit geführt? Der Widerstand war nach neun Monaten keine Waffe mehr, er brachte uns die finanzielle Zerrüttung, den Markverfall. Wenn infolge der finanziellen Zerrüttung der Kampf aufgegeben werden mußte, so geschah es in dem Gedanken, daß eine Festung kapituliert, weil sie keinen Proviant mehr hat oder die Gefahr besteht, daß das ganze Volk sich nicht mehr ernähren kann. Das ist keine Sache, der man sich als nationaler Mann zu schämen hat.

Der Reichskanzler erklärt, wenn gesagt wurde, daß ein solcher Reichskanzler vor den Staatsgerichtshof gehöre, so sei er gern bereit, sich vor jedem Staatsgerichtshof zu verteidigen für das, was er getan habe. (Lebhafter Beifall.) Der Mut, die Aufgabe des Widerstandes zu verantworten, sei vielleicht mehr national als die Phrasen, mit denen dagegen gesprochen werde. (Beifall.) Er hätte als Führer seiner Partei nicht nur die eigene politische Stellung, sondern auch die Partei aufs Spiel gesetzt. Im deutschen Volke fehle uns noch der Mut zur Verantwortlichkeit. (Zustimmung.)

Die Idee unterlag der **machtpolitischen Einstellung** der Verhältnisse. Diejenigen haben gelogen, die gesagt haben, daß es im **Rheinlande** einen deutschen Stamm gäbe, der sich freuen würde, zu Frankreich zu kommen. Diese **Bevölkerung steht in Not und Elend zum deutschen Vaterlande.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Der Reichskanzler dankt den Männern der Schutzpolizei, die in Düsseldorf ihre Pflicht getan haben. Den Trägern des passiven Widerstandes gebühre der **Dank des ganzen Volkes.** (Erneuter Beifall.)

Der Kanzler wendet sich dann der

Außenpolitik

zu. Auf das deutsche Memorandum vom 7. Juni sei noch keine Antwort eingegangen, nicht einmal von England. (Hört, hört! rechts.) Selbst die Hingabe an ein internationales Schiedsgericht hat keine gemeinschaftliche Basis mit den Alliierten geschaffen.

Die **Behandlung, die Deutschland seit dem Friedensvertrag von Versailles erfahren habe, dauere in ähnlicher Form fort.** Die deutschen Reparationsangebote seien das Weitestgehende, was jemals ein Volk angeboten habe. (Hört, hört!) Es wurde der ganz große Gedanke aufgegriffen, auch das **Vermögen der Privatwirtschaft** haftbar zu machen, um aus der wirtschaftlichen Knechtschaft herauszukommen. Die Denkschrift der Reichsregierung über die beschämende Behandlung der deutschen Angebote sei ein Stück Weltgeschichte. (Hört, hört!) Niemals soll aber aufgegeben werden **die Forderung der Wiedergewinnung über das Ruhrgebiet und der Kampf um die Menschheitsrechte der Bevölkerung.** (Lebhafter Beifall.)

Die **deutsche Anfrage** über die Wiederherstellung geordneter Zustände im besetzten Gebiet ist **nicht beantwortet** worden, sie soll wiederholt werden. Erfreulich wäre es, wenn kein Eid von den Beamten gefordert würde. Unser ist der Boden dort, unser ist das Land, unser die Hoheit in diesem Lande. (Stürmischer Beifall.) Das bleibe bestehen, und soll bis in alle Zukunft so bleiben. Frankreich hatte die Gelegenheit, einen Verständigungswillen zu zeigen. **Unser Wille ist der der Verständigung. Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes.** (Beifall.) Der Kanzler verweist auf die Erregung im Volke, die sich hier und da in schärferer Form bemerkbar gemacht habe. Fragen der Staatsform und der Dynastie müssen in der jetzigen Zeit dem Gesamtempfinden völlig fern stehen. Notwendig war die Verhängung des Ausnahmezustandes. Es sollten Vorgänge verhindert werden, die uns in den Krieg der Bürger gegen die Bürger hineingedrängt hätten. (Zurufe der Kommunisten: Bayern!) Die **Bewegungen in Bayern**, die oft Märsche von Bayern nach Berlin ankündigten, konnten an sich durchaus die Notwendigkeit ergeben, den **Ausnahmezustand** zu verhängen, um dieser Dinge Herr zu werden. (Abg. Remmele (Komm.) ruft: Verlogenheit! und erhält einen Ordnungsruf.) Die Rechtslage über das Nebeneinander der beiden Verordnungen sei nicht zweifelhaft, da Reichsrecht dem Landesrecht vorangehe.

In Bayern handele es sich um einstweilige Maßnahme. Aus diesem Grunde sei davon abgesehen worden, die Aufhebung der bayerischen Verfügung zu fordern. Es sei zu hoffen, daß das Nebeneinander der beiden Verfügungen möglich ist. (Lärm der Kommunisten und Rufe: Revitulation vor Bayern.) Es wäre eine falsche Staatskunst, hier das Reich auszuspielen gegen Bayern, mit dem wir fernerhin zusammenarbeiten müssen. (Beifall.) Nicht geduldet werden könne die Zügellosigkeit, mit der man in Bayern Institutionen angreife, die heraus bleiben müssen aus dem politischen Kampf. (Lebhafter Beifall.) Das gilt z. B. von der Person des Reichspräsidenten. Der Kanzler wendet sich auch gegen die Kritik des „Völkischen Beobachters" gegenüber dem General von Seeckt. Das sei eine unverantwortliche Hetze, die jeder anständige Mensch verurteilen müsse. (Beifall.)

Gegenüber den **Zersetzungserscheinungen in Bayern** solle man sich ein Beispiel nehmen an der Art, wie im besetzten Gebiet der Gedanke der nationalen Einheit sich gezeigt habe, einmal in der Kundgebung in Köln und dann in der stillen Abwehr in Düsseldorf. Leider führe man den Kampf gegen den Staat, weil man die Parteien nicht möge. Welche Partei regiere und welche Regierung, das sei Episode. Ob aber das Deutsche Reich bleibe, das werde Epoche sein. Wenn verbrecherische Naturen glauben, durch Aufreizung und Gewalt gegen den Staat anrennen zu dürfen, so sei in diesem Treiben kein nationaler Gedanke zu sehen. Wir haben genug gelitten vom Feind, wir wollen nicht selbst das Grab noch weiter schaufeln. Der Reichskanzler erinnert im Zusammenhang damit an die **Vorgänge in Küstrin.** Die **Reichswehr** hat ihre Pflicht getan und damit diejenigen zum Schweigen gebracht, die das Vertrauen zur Reichswehr erschüttern wollten. Die Reichswehr muß herausgelassen werden aus dem politischen Kampf. Sie muß sich selbst aus ihm herushalten. Wir brauchen ein Vertrauensverhältnis der Reichswehr zu allen Parteien. (Lärm der Kommunisten.) Die Aufrührer in Küstrin werden die Schärfe des Gesetzes fühlen. Ihren Worten wird die Regierung auch Taten folgen lassen.

Der Kanzler bespricht dann die

finanziellen Verhältnisse.

Die Reichseinnahmen blieben in einem Riesenmaße gegen die Ausgaben zurück, namentlich für die Unterstützungen für das besetzte Gebiet. Tief eingreifende Steuern waren notwendig. Leistungsschwache Steuerzahler sollen geschützt werden. Die Schaffung eines wertbeständigen Geldes sei im Gange. Die Länder sollen finanziell wieder selbständiger gestellt werden. Das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Kommunen muß grundsätzlich geändert werden. Die **Länder** sollen wieder die volle Verantwortung für die eigenen Ausgaben übernehmen, über **eigene Einnahmen** verfügen. Inzwischen werden die Mittel für die Länder kontingentiert werden, damit äußerste Sparsamkeit erzielt wird. Kein Gesetz wird mehr verabschiedet, das neue Lasten bringt, keine neuen Behörden und Beamten eingesetzt, keine neuen Verwaltungsarbeiten übernommen. Dazu gehört auch der Abbau der alten Gesetze und der jetzigen Verwaltung. Das sei die einmütige Auffassung des Kabinetts. (Beifall.) Mit technischen Maßnahmen könne man dem Währungsverfall nicht begegnen. **Wir müssen ein neues Geld schaffen** und versuchen, die Wirtschaft zu gesunden.

Wenn es sich darum handele, die **Wehrpflicht des Besitzes** durchzuführen, so werde man, so rief der Kanzler den Kommunisten zu, keine Veranlassung haben, ihn als einen Deserteur von dieser Idee hinzustellen. Seine Vorschläge für die **unmittelbare Hergabe des Besitzes** an das Reich seien wohl das Weitgehendste, was jemals dem Besitz als solchem zugemutet worden sei. (Lärm der Kommunisten.) Erforderlich ist auch ein **Eingriff in die Preisbildung**, die unerträgliche Form angenommen hat. (Zustimmung.) Wir brauchen Mittel gegen eine Monopolpreisbildung über den Weltmarkt hinaus. Es geht nicht an, durch Konventionen und Syndikate den Wettbewerb aus dem Wirtschaftsleben so auszuschalten, wie er jetzt ausgeschaltet ist. (Erneute Zustimmung.) **Mit einer solchen Preisbildung von Konventionen und Syndika-**